

GRÜNE Hamburg, Burchardstr. 21, 20095 Hamburg

An
UKE Hamburg – Zentrum für Psychosoziale Medizin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg

Anna Gallina
Landesvorsitzende

Burchardstr. 21
20095 Hamburg
Anna.Gallina@hamburg.gruene.de

Hamburg, 27. Dezember 2019

Antwort: Wahlprüfsteine zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2020

Sehr geehrte Bettina Lauterbach,

gerne beantworte ich Ihre Wahlprüfsteine an Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg zur anstehenden Bürgerschaftswahl 2020.

1. Patienten, die am Ende der Akutbehandlung im Krankenhaus entlassen werden könnten warten Monate auf einen Platz im Betreuten Wohnen (stationäre Eingliederungshilfe). Die Anträge brauchen 3-6 Monate in der Behörde und anschließend folgt die Wartezeit der Wohneinrichtungen die mindestens 6 Monate umfasst. Dementsprechend müssen entlassfähige Patienten unnötig und langfristig auf den Akutstationen verbleiben. Eine Entlassung kann nicht durchgeführt werden weil diese schwerkranken Patienten häufig einen langfristigen Unterbringungsbeschluss haben und/oder keine eigene Wohnung mehr haben. Die Wartezeiten, Absagen und die fehlende Weiterversorgung vermitteln den Patienten auf den Akutstationen das Bild unerwünscht zu sein. Die Teams der Stationen sind frustriert weil ihre geleistete Arbeit konterkariert wird. Diese Faktoren führen zu einer kritischen Gesamtsituation der stationären Akutpsychiatrie in Hamburg.

Was wird ihre Partei tun, um die Wartezeiten zu reduzieren? Was wird Ihre Partei tun, um den Hamburger Patienten eine therapeutische Wohnstruktur bzw. eine Eingliederungshilfe in der Heimatstadt zu organisieren?

Zusammen mit

2. Die Aufsichtskommission kritisiert seit vielen Jahren in ihren Prüfberichten, dass immer mehr Hamburger Patienten, die einen Unterbringungsbeschluss haben, in Wohneinrichtungen teils weit außerhalb Hamburgs bzw. in andere Bundesländer verbracht werden. Im letzten Jahr waren es 105.

Was wird Ihre Partei tun, um den „Export“ von schwerkranken Patienten in die gesamte Republik zu reduzieren?

Wir wollen erreichen, dass für jeden Menschen mit einem langfristigen Unterbringungsbeschluss eine geeignete Unterbringung in Wohnortnähe zur Verfügung steht. In Hamburg be-

steht allerdings ein eklatanter Mangel an hochstrukturierten bzw. geschlossenen Plätzen für diese Patientinnen und Patienten. Wir brauchen daher dringend neue Einrichtungen nach dem Vorbild des „Lütt Hus“ in Ochzenzell. Auch in vorhandenen Einrichtungen der Sozialpsychiatrie müssen geschlossene bzw. hochstrukturierte Plätze geschaffen werden. Deshalb wollen wir die Verhandlungen mit geeigneten Leistungsanbietern intensivieren und Hürden in der Umsetzung abbauen. Dabei ist auch eine enge Kooperation mit den medizinischen Versorgungseinrichtungen sehr wichtig. Die psychiatrischen Kliniken sind wichtige Partner für die lückenlose Versorgung dieser Menschen. Deshalb wollen wir das Entlassmanagement in den Kliniken unterstützen, indem beispielsweise die Fachstelle für Wohnungslosenhilfe bei der Vermittlung von psychisch kranken Obdachlosen regelhaft aktiv wird, wenn diese eine Klinik verlassen. Weitere konkrete Ansatzpunkte für die Verbesserung sollen auch die Ergebnisse der laufenden Befragung der Gesundheitsbehörde zum Entlassmanagement der Krankenhäuser und dessen Auswirkungen auf Wohnungs- und Obdachlose liefern.

3. Schwer psychisch kranke Menschen haben häufig eine verminderte Krankheitseinsicht und meiden das klassische Versorgungssystem. Hierdurch entsteht im klassischen Versorgungssystem ein Zugangsschwernis („Patient wirkt nicht mit“). Durch alternative Versorgungsangebote wie z.B. Hotel Plus (Köln) oder Pension Plus (Münster) gelingt eine Schwellenabsenkung die solche Patienten wieder in das ganze Versorgungssystem integrieren kann.

Was wird Ihre Partei tun, um solche Einrichtungen zu schaffen und in das Versorgungssystem zu integrieren?

In Hamburg befindet sich eine vergleichsweise überschaubare Gruppe an Wohnungslosen dauerhaft in einer Hotelunterbringung. Es sind oftmals Menschen, die aufgrund von (unbehandelten) psychischen Erkrankungen, Persönlichkeitsstörungen, posttraumatischen Belastungsstörungen oder Wahnstörungen einen geschützten eigenen Wohnraum benötigen. Diese Gruppe ist auch aus unserer Sicht schwer durch das Hilfesystem zu erreichen, weil sie oft weder krankheitseinsichtig sind noch an Hilfeplänen mitarbeiten und auch psychiatrischen Institutionen oft ablehnend gegenüberstehen. Städte wie Köln und Stuttgart haben auf diese Problematik mit Realisierung von kleineren Unterbringungen mit quasi Hotelcharakter reagiert (Projekt „Hotel Plus“), in denen diese Menschen ein Einzelzimmer und ein angepasstes Begleitangebot erhalten können. Die Erfahrungen mit diesen Angeboten sind positiv, es hilft den Betroffenen und entlastet die Situation in den großen öffentlich-rechtlichen Unterbringungen erheblich. Deshalb werden wir noch in dieser Legislaturperiode einen Antrag einbringen, um die Einsparungen in der bisherigen Hotelunterbringung für eine gezielte qualitative Weiterentwicklung der Unterbringung für psychisch kranke Obdachlose nach dem Vorbild der genannten Städte zu nutzen.

4. Suchtkrank, Obdachlos, psychisch Krank und vielleicht noch pflegebedürftig? Jedes Problem hat seine eigene zuständige Behörde bzw. Kostenträger. Jedes Problem wird aus einem anderen Sozialtopf finanziert. Wenn ein Patient von mehreren Problemen betroffen ist dann schieben die Behörden die Zuständigkeiten hin und her.

Was wird Ihre Partei tun, um die problematische Aufspaltung des Sozialsystems (SGB V, IX, XI, XII) zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?

Zusammen mit

5. In anderen Städten (z.B. Münster) gibt es sogenannte „Systemsprengerkonferenzen“. Hier werden regelmäßig am Runden Tisch flexible Lösungsvorschläge von allen, an der Versorgung Beteiligten erarbeitet, um herausfordernde Patienten zu versorgen.

Was wird Ihre Partei tun, um „Systemsprengerkonferenzen“ einzurichten, die eine hohe Verbindlichkeit haben und nach flexiblen, individualisierten Lösungen suchen?

Verbindliche Kooperation und individuelle Fallkonferenzen müssen zentraler Bestandteil der psychiatrischen Versorgung in ganz Hamburg werden. Das hat auch der Psychiatriebericht aufgezeigt. Auf bezirklicher Ebene werden bereits entsprechende Modelle erprobt. Ziel ist es, dass kein Mensch zum „Systemsprenger“ wird, weil das System flexibel auf jeden Einzelfall reagieren kann. Dazu braucht es eine verbindliche Kooperation aller Akteure statt getrennter Zuständigkeiten. Die verbindliche Kooperation soll aus allen Bezirken umgesetzt werden. Die Erfahrungen müssen zusammengetragen und systematisch ausgewertet werden. Wir wollen, dass die Fallkonferenzen stadtweit zur ständigen Praxis ausgeweitet werden.

Wir GRÜNEN wollen die oft starren staatlichen Hilfesysteme grundsätzlich stärker sozial-räumlich ausrichten, um die oft kontraproduktive Versäulung aufzubrechen. Gerade soziale Hilfen müssen an der konkreten Lebenssituation ansetzen, wo nötig müssen die verschiedenen Hilfen ineinandergreifen, um sinnvoll zu unterstützen. Wichtiger als die behördliche Förderlogik ist das gemeinsame Verständnis, wie die Potenziale der Menschen im Quartier und die Aufgaben der Daseinsvorsorge gemeinsam weiterentwickelt werden. Hamburg hat schon einige Schritte gemacht, um z.B. soziale Einzelfallhilfen sozialräumlich auszurichten. Diesen Weg wollen wir auch im Bereich der Eingliederungshilfen weiter gehen.

6. In Wohnungsloseneinrichtungen (§67, SGB XII) dürfen keine psychisch Kranken Menschen aufgenommen werden, weil die Wohneinrichtung keinen Vertrag über Eingliederungshilfe (§53 SGB XII) hat. In Eingliederungshilfeeinrichtungen werden keine pflegebedürftigen aufgenommen, obwohl sie trotz Pflegebedürftigkeit auch einen Anspruch auf Wiedereingliederung haben.

Was wird Ihre Partei tun, um diese Versorgungslücken zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?

Wir wollen die Unterbringungskapazitäten zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) ausbauen, um für mehr Betroffene sichere Orte zu schaffen und so Fortschritte in der eigenen Lebensführung ermöglichen.

Versorgungslücken entstehen häufig an den Schnittstellen der Systeme. Deshalb wollen wir die Verschränkung der Systeme vorantreiben. Insbesondere wollen wir die Erfahrungen aus dem laufenden Modellprojekt der ambulanten Sozialpsychiatrie für Wohnungslose in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung nutzen und weiterentwickeln. Wir haben auch dafür gesorgt, dass in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe psychiatrische Sprechstunden angeboten werden.

In Bereich der Gerontopsychiatrie gibt es einen deutlich gestiegenen Versorgungsbedarf. Wir wollen ausreichende Kapazitäten in den Pflegeheimen schaffen, um die Fälle, bei denen eine psychiatrische Erkrankung vorliegt und gleichzeitig eine Pflegebedürftigkeit fortschreitet, dauerhaft gut versorgen zu können. Dazu müssen entsprechend qualifizierte Angebote im Dialog mit den Trägern der Pflegeheime zügig ausgebaut werden.

7. Obdachlose Patienten haben in über 50% der Fälle eine psychische Erkrankung. Sehr häufig werden diese Patienten kurzfristig und notfallmäßig in psychiatrischen Kliniken Hamburgs behandelt. Eine erfolgreiche und langfristige Stabilisierung gelingt jedoch nur durch sektor-übergreifende Behandlungskonzepte die flexible, ambulante, nachgehende und multidisziplinäre Elemente sowie Streetwork aufweisen.

Was wird ihre Partei tun um für das zentrale Problem der Obdachlosigkeit moderne Versorgungskonzepte zu entwickeln.

Die psychiatrische und psychosoziale Versorgung von Obdachlosen ist eine große Herausforderung. In vielen Fällen geraten diese Menschen in einen wiederkehrenden Kreislauf zwischen Psychiatrie, Straße und Notunterbringung. Wir unterstützen den Ansatz „Housing First“ und wollen ein Hamburger Modellprojekt auf den Weg bringen. Dazu wollen wir den bestehenden Kooperationsvertrag der Stadt mit der Wohnungswirtschaft mit dem Ziel weiterentwickeln, die Zahl der belegbaren Wohnungen für Personen bzw. Haushalte mit besonderen sozialen Schwierigkeiten zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Umfang der Plätze im sog. Stufe-3-Modell zur Begleitung und Unterstützung von Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen bei der Anmietung eigenen Wohnraums zu verdoppeln. Denn ohne Stabilisierung der Lebenssituation durch ein festes Dach über dem Kopf sind Behandlungserfolge nicht von Dauer. Deshalb wollen wir die Vermittlung von vordringlich Wohnungssuchenden deutlich verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Anna Gallius". The signature is written in a cursive, flowing style.

Landesvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg